



United Nations
Educational, Scientific and
Cultural Organization

SPERRFRIST
19. März 2019,
0.01 Uhr

Weltwasserbericht
der Vereinten Nationen 2019

Niemanden zurück- lassen

Zusammenfassung



United Nations
Educational, Scientific and
Cultural Organization



World Water
Assessment
Programme



Sustainable
Development
Goals

Verbesserungen im Wasserressourcenmanagement und im Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung sind wesentlich für die Beseitigung von sozialem und wirtschaftlichem Unrecht. "Niemand darf zurückgelassen werden" angesichts der zentralen Bedeutung und der vielen Vorteile des Zugangs zu Wasser.

Das Wasser unserer Welt: Ressource unter steigendem Druck

Der Wasserverbrauch steigt seit den 1980er Jahren weltweit um etwa 1 Prozent pro Jahr, aufgrund von Bevölkerungswachstum, sozioökonomischer Entwicklung und sich änderndem Konsum. Schätzungen zufolge wird die Wassernachfrage weltweit bis 2050 mit ähnlicher Rate weiter ansteigen. Für diesen kumulierten Anstieg von 20 bis 30 Prozent im Vergleich zum heutigen Wasserverbrauch ist vor allem die steigende Nachfrage von Industrie und Haushalten verantwortlich. Über zwei Milliarden Menschen leben in Ländern mit hohem Trockenstress bzw. Wassermangel, etwa vier Milliarden Menschen erleben schwere Wasserknappheit mindestens einen Monat pro Jahr. Der Stressgrad wird weiter steigen, angesichts der wachsenden Wassernachfrage und der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels.

Zugang zu Wasserversorgung und sanitären Einrichtungen

Drei von zehn Menschen haben keinen Zugang zu sicherem (d.h. sauberem und dauerhaft einfach verfügbarem) Trinkwasser. Fast die Hälfte der Menschen, die Wasser aus ungeschützten Quellen trinken, lebt in Afrika südlich der Sahara. Sechs von zehn Menschen haben keinen Zugang zu sicheren Sanitäranlagen und jeder Neunte verrichtet seine Notdurft im Freien. Diese Zahlen verbergen als weltweiter Schnitt erhebliche Unterschiede zwischen und innerhalb von Kontinenten, Ländern, Kommunen und sogar Stadtvierteln.

Globale Kosten-Nutzen-Studien zeigen, dass Wasser-, Sanitär- und Hygienesdienste (WASH) jeweils guten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen im Vergleich zu ihren Kosten haben. Im globalen Schnitt beträgt das Nutzen-Kosten-Verhältnis 5,5 für Verbesserungen bei Sanitäranlagen und 2,0 bei Trinkwasser. Für benachteiligte Bevölkerungsgruppen umfassen die Vorteile besserer WASH-Dienste auch positivere Selbstwahrnehmung, höheren sozialen Status und mehr Würde, was sich auch auf das Ergebnis von Kosten-Nutzen-Analysen auswirkt.

Die Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung und die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Sicheres Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen sind als grundlegende Menschenrechte anerkannt. Sie sind für die Sicherung des Lebens in Gesundheit ebenso unerlässlich wie für die Wahrung der Würde aller Menschen.

Die Menschenrechte verpflichten alle Staaten, sich für universellen Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen für alle ohne Diskriminierung einzusetzen und gleichzeitig den Bedürftigsten Vorrang einzuräumen. Die Verwirklichung der Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung erfordert, dass die Dienstleistungen verfügbar, physisch zugänglich, gerecht bezahlbar, sicher und kulturell akzeptabel sind.

„Niemanden zurücklassen“ steht im Mittelpunkt der Verpflichtungen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Ihr Ziel ist es, dass alle Menschen in allen Ländern von sozioökonomischer Entwicklung profitieren können und dass Menschenrechte vollumfänglich verwirklicht werden. Dabei muss zwischen „Wasserrechten“ und den Menschenrechten auf Wasser und Sanitärversorgung klar unterschieden werden. Wasserrechte werden normalerweise nach nationalem Recht geregelt und werden einer Person oder einer Organisation aufgrund von Eigentums- oder Landrechten oder aufgrund von Vereinbarungen zwischen Staat und Grundeigentümer übertragen. Diese Rechte sind oft nur befristet verliehen und können womöglich auch entzogen werden. Die Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung sind weder befristet noch staatlich genehmigungspflichtig noch können sie entzogen werden.



| Frau in einem Lager für durch Überschwemmungen Vertriebene in Pakistan. © UNHCR/S. Phelps, www.flickr.com, (CC BY-NC-SA 2.0)

Wer wird zurückgelassen?

Diskriminierung erfolgt aufgrund von mehreren, jeweils unzulässigen Motiven. Armut spielt eine zentrale Rolle.

Die Menschenrechte des Völkerrechts verpflichten alle Staaten, den Bedürftigsten beim universellen Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen für alle ohne Diskriminierung Vorrang einzuräumen.

Frauen und Mädchen werden in vielen Teilen der Welt fortwährend diskriminiert und erfahren Unrecht in der Ausübung ihrer Menschenrechte auf sicheres Trinkwasser und Sanitärversorgung. Diskriminierung erfahren oft auch ethnische und andere Minderheiten wie indigene Völker, Migranten und Geflüchtete, Menschen bestimmter Herkunft, zum Beispiel aus Kasten, ebenso wie religiöse und sprachliche Minderheiten. Behinderung, Alter und Gesundheitszustand spielen ebenfalls eine Rolle: Menschen mit körperlichen, geistigen oder sensorischen Beeinträchtigungen haben überproportional oft keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Auch wer kein Eigentum, kein Land oder keinen Wohnsitz hat, oder wer niedrigen soziökonomischen Status hat, wird oft diskriminiert.

Die Liste der genannten spezifisch benachteiligten Personengruppen oder gefährdeten Einzelpersonen ist nicht vollständig. Wichtig ist zudem der Hinweis, dass Menschen gleichzeitig unter mehreren Formen von Diskriminierung leiden können (Intersektionalität).

Erbringung von Wasser- und Sanitärdienstleistungen

Verfügbarkeit von Wasser hängt davon ab, wie viel Wasser physisch verfügbar ist, wie es gespeichert, bewirtschaftet und verschiedenen Nutzern zugewiesen wird. Sie umfasst Fragen der Bewirtschaftung von Oberflächenwasser und Grundwasser sowie Fragen des Wasserrecyclings und der Wiederverwendung.

Zugänglichkeit von Wasser bezieht sich darauf, wie Wasser physisch geliefert oder gewonnen wird. Wasserrohre sind in dicht besiedelten Gebieten die kostengünstigste Transportmethode. Wo es sie nicht gibt, sind Menschen meist auf Brunnen und andere lokale Versorger (z.B. Wasserlieferung durch Kioske, Lieferantinnen bzw. Lieferanten oder Wasserlieferfahrzeuge) angewiesen. Dabei zahlen Menschen oft ein Vielfaches der Preise für Wasser geringerer Qualität, was die Ungleichheiten zwischen Wohlhabenden und Benachteiligten weiter verschärft.

Aufbereitung von Wasser umfasst Verfahren zur Reinigung und Desinfektion und zum Schutz des Wassers vor erneuter Verunreinigung. Gängige Methoden erfordern die Verfügbarkeit von Energie (meist Strom) rund um die Uhr – was in den meisten Entwicklungsländern selten der Fall ist. Technisch einfache und naturbasierte Alternativen werden in der Regel nicht im größeren Maßstab angewendet.

Sanitärversorgung umfasst Lösungen für Sammlung, Transport, Behandlung und Entsorgung von Abfällen, die hygienische Anforderungen erfüllen sollen. Sie behandeln Abfall entweder am Ort seines Entstehens oder andernorts. Sammlung meint in der Regel Toiletten bzw. ein Toilettensystem. Transport ist typischerweise mit „grauer Infrastruktur“ gleichzusetzen, also ein leitungsgebundenes unterirdisches Abwassersystem, manchmal bedeutet es auch Transport von Abfällen per LKW. Behandlung – falls sie überhaupt erfolgt – geschieht in der Regel in Kläranlagen oder in lokalen Systemen (z.B. Jauchegruben). Entsorgung von Endprodukten erfolgt üblicherweise getrennt nach flüssigen und festen Abfällen, die sicher in die Umwelt entsorgt werden müssen oder, wenn nicht möglich, in Verbrennungsanlagen für Sonderabfälle.

Wasserbezogene Naturgefahren wie Überschwemmungen und Dürren können Wasser- und Sanitärinfrastruktur schädigen und Millionen von Menschen von der Versorgung abschneiden.

Die soziale Dimension

Die Verwirklichung der Menschenrechte auf sicheres Trinkwasser und Sanitärversorgung und die Erreichung von Ziel 6 für nachhaltige Entwicklung (SDG 6) machen es notwendig, soziale und kulturelle Faktoren zu berücksichtigen, die zu Ausgrenzung und Diskriminierung führen können.

Diskriminierung kann auf verschiedene Weise und aus unterschiedlichen Gründen erfolgen. *Direkte Diskriminierung* liegt vor, wenn Menschen durch Gesetze, Verordnungen, Richtlinien oder Praktiken bewusst der Zugang zu Dienstleistungen oder Gleichbehandlung verwehrt wird. *Indirekte Diskriminierung* liegt vor, wenn Gesetze, Verordnungen, Richtlinien oder Praktiken zwar neutral erscheinen, in ihrer Wirkung aber Menschen faktisch vom Zugang zu Dienstleistungen ausschließen.

Die Grundversorgung mit sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen zu Hause und am Arbeitsplatz verbessert die Gesundheit und auch die Produktivität der Beschäftigten. Eine solche Grundversorgung verbessert zudem in Schulen Bildungsergebnisse, da sie Fehlzeiten reduziert, gerade von Mädchen. Ethnische Minderheiten und indigene Völker haben einen vergleichsweise geringeren Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen. In ihrem Fall ist über den Tatbestand der Diskriminierung hinaus festzuhalten, dass die Anerkennung der Verantwortung der indigenen Völker für ihr Land und Wasser sowohl deren Inklusion, die Verwirklichung ihrer Menschenrechte als auch die Wertschätzung ihres traditionellen Wissens fördert.

Verantwortungsvolle staatliche Steuerung

Gerechter Zugang zu nachhaltigen Wasser- und Sanitärversorgungsdiensten hängt wesentlich von inklusiv ausgestalteten Institutionen ab, die Dialog und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Interessenträgern fördern.

Nicht in jedem Fall gelingt es Regierungen, die Verantwortung für gelingende Wasser- und Sanitärversorgung für alle Bürger vollumfänglich auszufüllen, insbesondere in armen Ländern. Wenn Regierungen vor allem regulieren und politische Rahmenbedingungen setzen, werden Dienstleistungen durch nichtstaatliche Akteure oder unabhängige Stellen erbracht. Für das Monitoring von Dienstleistern und die Durchsetzung von deren Pflichten werden Institutionen mit entsprechenden Kapazitäten, funktionsfähigen Rechenschaftsmechanismen und Mandat gebraucht.

Kohärenz zwischen den verschiedenen institutionellen Ebenen ist wesentliche Voraussetzung dafür, dass politische Maßnahmen ihre Ziele erreichen, gerade da eine „Multi-Level-Governance“ heute üblich ist. Hier spielen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine zunehmend wichtige Rolle, damit die Zivilgesellschaft sich zu Wort meldet und sich die Öffentlichkeit aktiv an der Politikgestaltung beteiligt. Große Unternehmen haben oft ebenfalls einen großen Einfluss auf die Formulierung von Politik und auf politische Entscheidungen.



| Indigene Frauen in Brasilien. © Filipefrazao/iStock/Getty Images

Gerechter Zugang zu nachhaltigen Wasser- und Sanitärversorgungsdiensten hängt von inklusiv ausgestalteten Institutionen ab, die Dialog und Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Interessenträgern fördern.

Maßnahmen zugunsten von armen Bevölkerungsgruppen werden weitaus häufiger politisch verkündet, als dass Leistungserbringung tatsächlich verfolgt bzw. überwacht wird. Die Umsetzung von politischen Maßgaben zur Verringerung von Ungleichheit in der Wasserversorgung wird häufig durch das Fehlen finanzieller Mittel behindert. Oft sind politische Ziele zu ehrgeizig und unrealistisch, weshalb verantwortliche Stellen nur das Missverhältnis zwischen Anforderungen und Ressourcen verwalten. Korruption, übermäßige Regulierung und/oder starre Befolgung formaler Regeln bzw. bürokratische Trägheit erhöhen oft die Transaktionskosten, schrecken Investitionen ab und beeinträchtigen bzw. behindern Reformen der Wasserwirtschaft.

Der „Menschenrechtsansatz“ legt der Entwicklungspolitik die grundlegenden Standards, Prinzipien und Kriterien des menschenrechtlichen Völkerrechts zugrunde. Dazu zählen: Nichtdiskriminierung, aktive, freie und sinnvolle Partizipation sowie die Beteiligung und Berücksichtigung von benachteiligten und schutzbedürftigen Menschen. *Verantwortungsvolle staatliche Steuerung* (good governance) bezieht sich auf Systeme mit Rechenschaftspflicht, Transparenz, Legitimität, Öffentlichkeitsbeteiligung, Gerechtigkeit und Effizienz. Sie überschneidet sich daher mit den Grundsätzen des Menschenrechtsansatzes. Eine gute Steuerung des Wassersektors umfasst zum einen Maßnahmen und Mechanismen, die eine wirksame Umsetzung der politischen Vorgaben fördern, zum anderen Sanktionen gegen mangelhafte Leistung, illegale Handlungen und Machtmissbrauch. Entscheidungsträger zur Rechenschaft zu ziehen erfordert von den Rechteinhabern (oder ihren Vertretern), dass sie fähig und willig sind, Maßnahmen ebenso wie Inaktivität zu überprüfen. Dies wiederum erfordert Transparenz, Integrität und Zugang zu Informationen.

Die wirtschaftliche Dimension

Gefährdete und benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind in der Regel nicht an Rohrleitungssysteme angeschlossen und leiden daher überproportional unter einem unzureichenden Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Zugleich zahlen sie oft mehr für ihre Wasserversorgungsleistungen als die, die angeschlossen sind.

Die Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung verpflichten Staaten und Versorger, den Preis für Dienstleistungen so zu regeln, dass sich alle Bevölkerungsgruppen den Zugang zur Grundversorgung leisten können. Damit Wasser für alle erschwinglich ist, bedarf es für Zielgruppen maßgeschneiderte Politik.

Für Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen müssen in der Regel zwar seltene, aber hohe Investitionen getätigt werden, einschließlich der Kosten für Infrastruktur und Anschlüsse – hinzukommen wiederkehrende Ausgaben für Betrieb und Wartung. Die Grundversorgung wird also erschwinglicher, wenn die Bereitstellungskosten sinken. Dies wiederum gelingt durch erhöhte Produktionseffizienz und sinkende Servicekosten, zum Beispiel durch Einführung und Verbreitung technischer Innovationen, besseres Management durch verantwortungsvolle staatliche Steuerung und verbesserte Transparenz sowie die Umsetzung kosteneffizienter Maßnahmen.

Damit Wasser für alle erschwinglich ist, bedarf es zielgruppenspezifischer Politik.

Trotz verbesserter Effizienz bleiben Subventionen wohl meist weiterhin wichtig für die flächendeckende Versorgung. Da Subventionen sehr oft an Investitionen gekoppelt sind und diese wiederum am häufigsten in eher wohlhabende Viertel bzw. Regionen fließen, kommen Subventionen, auch wenn sie eigentlich zugunsten von Armen vorgesehen sind, tatsächlich oft den Nicht-Bedürftigen zugute. Für Subventionen bieten sich sanitäre Dienstleistungen eher an als Wasserversorgungsleistungen, da die Zahlungsbereitschaft für sanitäre Dienste oft geringer ausfällt und die gesellschaftlichen Vorteile größer sind. Subventionen mit einer Komponente der Beteiligung der Gemeinschaft versetzen gefährdete Gruppen in die Lage, dass Ressourcen gemäß ihrer eigenen Prioritäten eingesetzt werden.

Gebühren sind idealerweise die wichtigste Finanzierungsquelle für die Leistungserbringung. Die Festlegung ihrer Höhe erfordert den Ausgleich zwischen mehreren wichtigen Zielen: Kostendeckung, wirtschaftliche Effizienz, Gerechtigkeit und Erschwinglichkeit. Die Gestaltung von Gebührenordnungen ist gerade deshalb eine Herausforderung, weil diese vier Ziele miteinander konkurrieren und Zielkonflikte unvermeidbar sind. WASH-Dienste unterscheiden sich von vielen anderen Diensten dadurch, dass sie als Grundrecht betrachtet werden und den Menschen unabhängig von Kosten oder Zahlungsfähigkeit zur Verfügung zu stellen sind. Falls Wassergebühren zugunsten von Erschwinglichkeit und Gerechtigkeit subventioniert werden, sind Gutscheine oder Barauszahlungen womöglich besser als ein mit der Abnahmemenge steigender Blocktarif.

Große Anbieter von WASH-Diensten können sich am Markt finanzieren und gefährdete Gruppen indirekt durch Quersubventionierung unterstützen. Eine solche Quersubventionierung zwischen Bevölkerungsgruppen wird durch Preismechanismen wie einen einheitlichen volumetrischen Tarif mit Rabatten ermöglicht. Dabei sollte die Gebührenhöhe jener Kunden ohne Rabatt hoch genug sein, um aufgenommenes Kapital und Zinsen zurückzahlen zu können. Manchmal ergänzen andere Finanzierungsquellen wie Steuereinnahmen, Zuschüsse und private Finanzierungen die Gebühreneinnahmen. Gemischte Ansätze der Finanzierung, die die Erreichung aller Zielgruppen sicherstellen, erfordern potenziell komplexe Kombinationen aus Entwicklungsfinanzierung, privaten Finanzierungen und staatlichen Zuschüssen.

Die Situation in Städten

Beim Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen bestehen erhebliche Ungleichheiten zwischen Haushalten in Slums und außerhalb davon. Wohlhabende Haushalte haben oft hohe Servicequalität zu niedrigen Kosten; arme Haushalte zahlen für einen Service von ähnlicher oder geringerer Qualität einen deutlich höheren Preis.

Randgebiete von Städten werden oft nicht an die Versorgung angeschlossen, falls Bewohner keine Steuern zahlen oder im Rahmen von informeller Wirtschaft wohnen und Miete zahlen. Daher sind viele der weltweit ärmsten und am stärksten benachteiligten Menschen nicht als Teil eines formalen Systems anerkannt oder gezahlt. Vor allem haben sie dann Schwierigkeiten beim Zugang zu grundlegenden Diensten, falls sie keine physische Adresse haben und daher in Statistiken “versteckt” sind oder “verloren” gehen.

Traditionelle Managementansätze begünstigen in städtischen Gebieten aufgrund der Größenvorteile tendenziell eine großskalige, zentralisierte Sammlung und Behandlung der Sanitär- und Abwasserentsorgung. Die Bevölkerungsdichte in Randgebieten ist oft zu niedrig, um die Kosten für Haushaltsanschlüsse zu rechtfertigen, weshalb solche konventionellen Systeme nicht eingerichtet werden. Die gleichzeitige Versorgung von mehreren Haushalten (anstelle von Einzelhaushalten) in Randgebieten mit niedrigem Einkommen und großen Dörfern könnte die Investitionskosten senken und gleichzeitig ein gutes Leistungsniveau für die Ärmsten ermöglichen.



| Bauer in einem Reisfeld in Thailand. © Paninda Wijitpanya/iStock/Getty Images

In vielen Städten wird deutlich weniger Infrastruktur zur Abwasserentsorgung als für die Wasserversorgung bereit gestellt. Dies trifft die ärmsten Bewohnerinnen und Bewohner von Slumgebieten am stärksten. Deshalb muss eine deutliche Verbesserung der Wasserversorgung mit entsprechenden Investitionen in die Sanitärversorgung einhergehen. Während Wasserversorgungssysteme manchmal (aufgrund der einfacheren Betreuung) besser mit kleineren Netzen gelöst werden können, sind die Herausforderungen der Abwasser- und Klärschlamm-bewirtschaftung oft komplex. Ein Hauptgrund ist die mangelnde Bereitschaft, für Sanitärleistungen zu bezahlen.

Es gibt zahlreiche Vorstöße, durch die Wiederverwertung von Ressourcen (Wasser, Nährstoffe, Metalle, Biokraftstoffe) einen Teil der Kosten der Leistungserbringung aufzurechnen. Trotz der Vorteile der zusätzlichen Wiederverwertung sind die Kosten höher, wie bei allen zu transportierenden “Abfällen”. Dezentrale Abwasserbehandlungssysteme sind eine Alternative mit wesentlich niedrigeren Investitions- und Betriebskosten. Unter Umständen können sie die effizientere Lösung sein, auch in bestimmten Typen von städtischen Randgebieten.

Armut auf dem Land

Von allen landwirtschaftlichen Betrieben weltweit sind mehr als 80 Prozent Familienbetriebe mit einer Anbaufläche kleiner als zwei Hektar. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bilden in vielen Ländern das Rückgrat der Lebensmittelversorgung, sie tragen dort zu mehr als der Hälfte der landwirtschaftlichen Produktion bei. Doch gerade auf dem Land sind Armut, Hunger und Ernährungsunsicherheit am größten.

In armen ländlichen Gebieten ist Wasserinfrastruktur nach wie vor kaum vorhanden. Millionen von Frauen und Männern auf dem Land sind daher mit Wasser und sanitären Einrichtungen unzureichend versorgt. Zudem erfordert die vorhandene Wasserinfrastruktur Wartung, wofür die Mittel vor Ort, auf nationaler und subnationaler Ebene, hinsichtlich Budget und Ressourcen, nicht ausreichen.

Bezüglich der Wasserversorgung für kleinbäuerliche Betriebe müssen sowohl regenwassergespeiste als auch bewässerte Landwirtschaft berücksichtigt werden. Ungefähr 80 Prozent der globalen Anbaufläche werden mit Regenwasser gespeist, und 60 Prozent der Nahrungsmittel hierauf produziert. Auf regenwassergespeisten Anbauflächen kann zusätzliche Bewässerung wichtig sein: Sie kann nicht nur Pflanzen das Überleben sichern, sondern für Feldfrüchte wie Weizen, Hirse oder Mais den Ernteertrag pro Hektar verdoppeln oder sogar verdreifachen.

Die Wasserbedürfnisse kleinbäuerlicher Bewässerungssysteme, auch als Beitrag zur nationalen Ernährungssicherheit, müssen stärker anerkannt werden, um sicheren und gleichberechtigten Zugang zu Wasser in ländlichen Gebieten zu gewährleisten und zugleich künftige Wasserinvestitionen zu ermöglichen. Die Wasserzuteilung an Großverbraucher, sei es für die Bewässerung oder andere Zwecke, darf nicht auf Kosten der legitimen kleinbäuerlichen Bedürfnisse erfolgen, unabhängig davon, ob formale Wassernutzungsrechte nachweisbar sind oder nicht.

Geflüchtete und gewaltsam Vertriebene

Die Zahl vertriebener Menschen weltweit steht aktuell auf einem Höchststand. Bewaffnete Konflikte, Verfolgung, Klimawandel, Armut, Ungleichheit, Bevölkerungswachstum in den Städten, mangelhafte Landnutzung und verantwortungslose staatliche Steuerung erhöhen das Risiko von Vertreibungen und deren Auswirkungen weiter.

Geflüchtete und Binnenvertriebene sind oft von grundlegender Wasser- und Sanitärversorgung ausgeschlossen. Fast ein Viertel dieser Vertriebenen lebt zwar in Lagern, die überwiegende Mehrheit jedoch in Groß- und Kleinstädten und Dörfern. Diese Geflüchteten, Asylbewerberinnen bzw. Asylbewerber, Binnenvertriebenen und Staatenlosen werden von der jeweiligen lokalen oder nationalen Regierung oft nicht offiziell anerkannt und daher von Entwicklungsbemühungen ausgeschlossen.

Geflüchtete und Binnenvertriebene sind oft von grundlegender Wasser- und Sanitärversorgung ausgeschlossen.

Massenvertreibungen belasten an Durchgangs- und Zielorten die Wasserressourcen und die damit verbundenen Leistungen, einschließlich sanitärer Grundversorgung und Hygiene. Oft entstehen Ungleichgewichte zwischen der bereits ansässigen Bevölkerung und den neu Angekommenen. Da sich Regierungen der Zielländer oft gegen die Erkenntnis sperren, dass Vertreibungen langwierig sein können, bestehen sie auf Verbleib der Geflüchteten/Binnenvertriebenen in Lagern mit "temporären" oder "gemeinschaftlichen" Einrichtungen mit niedrigerem Leistungsniveau. Auch die umgekehrte Situation kann eintreten, so dass Geflüchtete qualitativ hochwertigere WASH-Dienste erhalten.

Alle Geflüchteten/Binnenvertriebenen haben staatlicherseits das Recht auf angemessene sanitäre Einrichtungen und Wasser, unabhängig von ihrem rechtmäßigen Aufenthalt, ihrer Nationalität oder anderen Zuordnungen, die als Hindernis dienen mögen. Wie jeder Mensch sollen auch Geflüchtete/Binnenvertriebene Zugang zu Informationen haben. Sie sollen auch an Entscheidungsprozessen teilhaben können, die ihre Rechte berühren.

Staaten sollten eine „Lager-Politik“ für Geflüchtete/Binnenvertriebene vermeiden, da diese zu deren Ausgrenzung führen kann. Dies ist direkt mit deren Rechtsstatus und ihrem Recht auf Arbeit und ihrer Freizügigkeit verbunden. Marginalisierung kann den Ressourcenwettbewerb mit der Gesellschaft des Ziellandes verschärfen und den Zugang der Geflüchteten/Binnenvertriebenen zum Arbeitsmarkt erschweren. Stattdessen sollten die Staaten Geflüchtete/Binnenvertriebene in die städtische bzw. ländliche Gemeinschaft einbeziehen.

Perspektiven je nach Kontinent

Arabischer Raum

Im arabischen Raum wird die Pro-Kopf-Wasserknappheit aufgrund von Bevölkerungswachstum und Klimawandel weiter steigen. Allen Menschen trotz Wasserknappheit Zugang zur Wasserversorgung zu gewährleisten, ist gerade in Konfliktgebieten, wo Wasserinfrastruktur beschädigt, zerstört bzw. als Zerstörungsziel vorgesehen wurde, eine sich verschärfende Herausforderung.

Von den Geflüchteten leben hier viele seit Jahrzehnten unter krisenhaften Umständen. Humanitäre Hilfe ist hier immer stärker auch Entwicklungsarbeit, mit dem Ziel eine dauerhaftere Wasser- und Sanitärversorgung in Flüchtlingslagern und informellen Siedlungen auszubauen. Dies führt zuweilen zu Konflikten und Spannungen mit den aufnehmenden Gemeinschaften, insbesondere falls die beiden Gruppen keinen gleichberechtigten Zugang zur Wasserversorgung haben. In den letzten Jahren hat dieses Problem zusätzliche Aufmerksamkeit erhalten, da Regierungen, Geldgeber und humanitäre Organisationen erkannt haben, dass „Niemanden zurücklassen“ bedeutet, Geflüchtete und Binnenvertriebene so wie die aufnehmenden Gemeinschaften zu versorgen.



| Geflüchtete im Lager Zaatari in Jordanien. © UNHCR/B. Sokol, www.flickr.com, (CC BY-NC-SA 2.0)

Asien-Pazifik

2016 wurden 29 von 48 Ländern im Asiatisch-Pazifischen Raum als wasserunsicher eingestuft, aufgrund geringer Wasserverfügbarkeit und nicht nachhaltiger Grundwasserentnahme. Die Wasserknappheit wird durch die Auswirkungen des Klimawandels noch verstärkt. Naturkatastrophen treten häufiger und intensiver auf und das Katastrophenrisiko steigt schneller als die gesellschaftliche Widerstandskraft. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Bereitstellung von WASH-Diensten in von Katastrophen betroffenen Gebieten, da Wasser- und Sanitärinfrastruktur beschädigt und die Wasserqualität beeinträchtigt wird. Auch ist es eine große Herausforderung, angemessene Wasser- und Sanitärversorgung in jenen Gebieten bereitzustellen, die aus Katastrophengebieten vertriebene Menschen aufnehmen.

Katastrophen verursachen unverhältnismäßig hohe Verluste für ärmere Länder und Menschen. Ihnen fehlt oft die Widerstandsfähigkeit, die Folgen von Katastrophen zu vermindern. Katastrophen haben auch Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), Einschulungsraten und Pro-Kopf-Ausgaben für das Gesundheitswesen. Sie können auch dazu führen, dass Menschen an der Armutsgrenze – mit Einkommen zwischen 1,90 und 3,10 US-Dollar pro Tag – in extreme Armut geraten.

Europa und Nordamerika

Der Zugang zu sicherer Sanitärversorgung ist in vielen Ländern, insbesondere auf dem Land, weiter eine Herausforderung. Besonders ernst – für einen Großteil der Bevölkerung – ist die Situation in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien. Aber auch viele Bürger in West- und Mitteleuropa sowie in Nordamerika haben keinen oder nur ungerechten Zugang zu Wasser- und Sanitärleistungen. Ungleichheiten sind oft Folge von soziokulturellen, sozioökonomischen oder geografischen Faktoren. Drei Formen von Zugangungleichheiten gilt es zu bekämpfen: Reduzierung geografischer Disparitäten, Überwindung der Hindernisse für besonders marginalisierte und gefährdete Gruppen, und bessere Erschwinglichkeit.

Lateinamerika und Karibik

Millionen von Menschen in Lateinamerika und der Karibik müssen noch immer ohne angemessenes Trinkwasser auskommen. Noch mehr sind vom Mangel an sicherer und angemessener Entsorgung von Ausscheidungen betroffen. Menschen ohne Zugang zu Versorgungsleistungen leben vor allem in den Vorstädten vieler Städte der Region, insbesondere in den Armutsgürteln. In diesen Randgebieten Versorgungsleistungen von akzeptabler Qualität bereitzustellen, hat sich als schwierig erwiesen. In vielen Ländern der Region ist der Wasser- und Sanitärversorgungssektor dezentralisiert, es gibt daher stark fragmentierte Strukturen mit einer Vielzahl von Anbietern ohne ausreichende Kapazitäten, Größenvorteile und Wirtschaftlichkeit. Außerdem fehlen den verantwortlichen Kommunen oft Ressourcen und Anreize,

um die komplexen Prozesse, die die Erbringung von Dienstleistungen erfordern, effektiv zu gestalten. Die Dezentralisierung hat auch dazu geführt, dass manche Anbieter ein reduziertes und zugleich gleichförmiges Service-Angebot haben; dadurch werden Möglichkeiten für Quersubventionierung eingeschränkt und nur die wohlhabendsten Kunden bedient, was einkommensschwache Gruppen von Versorgungsleistungen ausgrenzt.

Afrika südlich der Sahara

Das Fortbestehen von Armut in Afrika südlich der Sahara ist auch eine direkte Folge des Mangels an wasserwirtschaftlicher Infrastruktur sowohl in Bezug auf die Speicherung und Versorgung als auch auf die Verbesserung der Trinkwasser- und Sanitärversorgung. Dies wird wirtschaftliche Wasserknappheit genannt. Etwa 60 Prozent der Gesamtbevölkerung Subsahara-Afrikas leben auf dem Land, viele von ihnen leben nach wie vor in Armut. 2015 hatten nur drei von fünf Landbewohnern der Region Zugang zu mindestens grundlegender Wasserversorgung und nur jeder fünfte hatte Zugang zu mindestens grundlegender sanitärer Versorgung. Etwa jeder zehnte trinkt bis heute unbehandeltes Oberflächenwasser, und viele arme Menschen auf dem Land, insbesondere Frauen und Mädchen, verbringen viel Zeit mit der Beschaffung von Wasser.

Mehr als die Hälfte des bis 2050 erwarteten Bevölkerungswachstums wird in Afrika stattfinden: mehr als 1,3 Milliarden von 2,2 Milliarden weltweit. Der Zugang zu WASH-Diensten für diese wachsende Bevölkerung ist nicht die einzige Herausforderung für Afrika, da auch die Nachfrage nach Energie, Nahrung, Arbeitsplätzen, Gesundheit und Bildung steigen wird. Das Bevölkerungswachstum findet vor allem in Städten statt, was ohne angemessene Planung zu einem dramatischen Wachstum der Slums führen kann. Auch wenn sich die Lebensbedingungen in Slums zwischen 2000 und 2015 stetig verbessert haben: In Afrika bleibt die Rate des Wohnungsneubaus weit hinter der Rate des städtischen Bevölkerungswachstums zurück.



Ein Mann der Maasai. © Jocrebbin/iStock/Getty Images

brauchen sie Kenntnisse über die Zuweisung von Wasserressourcen und die Sicherung von Wasserrechten. Die Überwachung von Fortschritten ist ein weiterer wichtiger Aspekt des Wissens- und Kapazitätsaufbaus. Nach Geschlecht, Alter, Einkommensgruppen, Ethnizität, Geographie aufgeschlüsselte Daten und Analysen der sozialen Eingliederung sind entscheidend für Erkenntnisse darüber, welche Gruppen warum am stärksten gefährdet sind, „zurückgelassen zu werden“. Zudem ist Forschung und Technik für eine erschwingliche, sichere und effiziente WASH-Infrastruktur und entsprechende Vorrichtungen (z.B. mobile Filter, Toiletten) erforderlich.

Maßnahmen in lokalen Gemeinschaften sind entscheidend für die Bekämpfung der eigentlichen Ursachen für das „Zurückbleiben von Menschen“ in Bezug auf Wasser und sanitäre Einrichtungen. Verantwortungsvolle staatliche Steuerung überwindet hierarchische Machtstrukturen und stärkt gleichzeitig Rechenschaftspflicht, Transparenz, Legitimität, Bürgerbeteiligung, Gerechtigkeit und Effizienz – und damit einen menschenrechtsbasierten Ansatz. Neue Formen der Zuweisung von Wasserressourcen können verschiedene sozioökonomische Ziele erreichen – wie die Wahrung der Nahrungsmittel- und/oder Energiesicherheit oder industrielles Wachstum; garantierte Priorität muss aber eine ausreichende Wasserverfügbarkeit in angemessener Qualität für alle sein, zur Deckung der grundlegenden menschlichen Bedürfnisse im Haushalt und in der Subsistenzlandwirtschaft.

Zusammenhänge zwischen Wasser und *Migration* finden immer mehr Beachtung, obwohl sie noch nicht vollständig in die internationale Migrationspolitik integriert sind. Die WASH-Herausforderungen für Geflüchtete und Binnenvertriebene erfordern eine besonders zielgerichtete politische Reaktionsfähigkeit. Die Erbringung von Dienstleistungen in Flüchtlingslagern bedarf mit den Standards im Umland harmonisierte Leistungsniveaus zur Bekämpfung sozialer Diskriminierung und zur Schaffung von rechtem Zugang.

Alle Akteure, die an der diskriminierungsfreien und gleichberechtigten Verwirklichung der Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung beteiligt sind, haben ihre je spezifische Verpflichtung und Verantwortung. Die Menschenrechte definieren das Individuum als Rechteinhaber mit Anspruch auf Wasser und sanitäre Einrichtungen, und die Staaten als Pflichtenträger, die Zugang zu WASH-Diensten für alle durch maximale Nutzung verfügbarer Ressourcen gewährleisten müssen. Nichtstaatliche Akteure tragen ebenfalls Verantwortung für die Menschenrechte und können für die Verletzung der Menschenrechte zur Verantwortung gezogen werden. Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen spielen mitunter eine wichtige Rolle bei der Leistungserbringung und müssen Gleichberechtigung und Rechenschaftspflicht gewährleisten. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, internationale Handels- und Finanzinstitutionen und Partner der Entwicklungszusammenarbeit sind aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Unterstützung in jene Länder oder Regionen fließt, die am wenigsten in der Lage sind, das Recht auf Wasser und Abwasser zu verwirklichen.

Mögliche Antworten und Lösungen

Mögliche *technische* Antworten auf den Mangel an Trinkwasser- und Sanitärversorgung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen variieren stark von Ort zu Ort. In dichten städtischen Ballungsräumen bieten große zentralisierte WASH-Infrastrukturen Größenvorteile und Ressourcenteilung. In dünner besiedelten städtischen Räumen wie auch in Flüchtlingslagern haben sich weniger kostspielige dezentrale Ver- und Entsorgungssysteme als erfolgreiche Lösungen erwiesen. Für die Menschen in ländlichen Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte lautet das Hauptziel, angemessenere Einrichtungen näher an die Häuser der Menschen zu bringen. Es sollte daher nicht unbedingt die beste, sondern vielmehr die bestgeeignete WASH-Technologie ausgewählt werden.

Als Grundprinzip sollte nicht unbedingt die beste, sondern vielmehr die bestgeeignete WASH-Technologie ausgewählt werden.

Unzureichende *Finanzierung* und ineffektive Finanzierungsmechanismen sind Hindernisse für die Erreichung der WASH-Ziele für benachteiligte und marginalisierte Gruppen. Die Investitionslücke könnte teilweise durch höhere Systemeffizienz überwunden werden, indem also vorhandene Mittel effektiver genutzt und Gesamtkosten deutlich gesenkt werden. Gezielte Subventionen für gefährdete Gruppen und gerechte Gebührenstrukturen bleiben wichtige Grundlage von Finanzierung und Kostendeckung. In den Entwicklungsländern bleibt Unterstützung durch die internationale Gebergemeinschaft von entscheidender Bedeutung, kann aber nicht die alleinige Finanzierungsquelle darstellen.

Staatliche Entwicklungshilfe ist besonders dann hilfreich, wenn sie Investitionen aus anderen, kommerziellen und gemischten Quellen, einschließlich Mitteln des Privatsektors, ermöglicht. Es bleibt jedoch für die nationalen Regierungen Pflicht, öffentliche Mittel für den Ausbau der WASH-Dienste drastisch zu erhöhen.

Die Erhöhung des Finanzierungs- und Investitionsvolumens allein stellt jedoch nicht sicher, dass WASH-Dienste diejenigen erreichen, die am stärksten benachteiligt sind. Subventionen müssen daher angemessen, transparent und zielgerichtet gestaltet werden. Gebührenstrukturen müssen so konzipiert und umgesetzt werden, dass sie Gerechtigkeit, Erschwinglichkeit und ein angemessenes Leistungsniveau für jede Zielgruppe erreichen.

Wissenschaftliche Forschung, Entwicklung und Innovation sind unerlässlich für politische Entscheidungen. Zwar wurden Gebührenstrukturen zugunsten von Menschen in armen und benachteiligten Situationen teilweise fairer gestaltet – und Sanktionen reduziert. Dennoch ist für mehr Integration weitere Forschung zur wirtschaftlichen Dimension von WASH-Diensten erforderlich. Benachteiligte Gemeinschaften auf dem Land haben oft ähnlich wie die oben beschriebenen armen städtischen Haushalte Bedarf an Information und Ausbildung, unter anderem

Coda

Menschen werden je nach Gruppenzugehörigkeit aus unterschiedlichen Gründen "zurückgelassen". Diskriminierung, Ausgrenzung, Marginalisierung, tief verwurzelte Machtstrukturen und materielle Ungleichheiten sind einige der Haupthindernisse für die Verwirklichung der Menschenrechte auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung für alle sowie für die Verwirklichung der wasserbezogenen Ziele der Agenda 2030. Schlecht formulierte und unzureichend umgesetzte Politik, ineffizienter und unsachgemäßer Einsatz von Finanzmitteln sowie politische Lücken verstärken das Fortbestehen von Ungleichheiten beim Zugang zu sicherem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen. Solange Ausgrenzung und Ungleichheit nicht explizit und zielgenau in Politik und Praxis zum Thema werden, werden Maßnahmen im Wasserressourcenmanagement auch weiterhin nicht jene Bedürftigsten erreichen, die am meisten davon profitieren dürften.

Bessere Wasserbewirtschaftung und die Bereitstellung von sicherem und erschwinglichem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen für alle sind von entscheidender Bedeutung für die Beseitigung der Armut, für friedliche und wohlhabende Gesellschaften und dafür, dass auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung "niemand zurückbleibt". Diese Ziele sind erreichbar, sofern es dazu einen gemeinsamen Willen gibt.

Erstellt durch das WWAP | Richard Connor, Stefan Uhlenbrook und Engin Koncagül

Diese Publikation wurde von WWAP im Auftrag von UN-Water erstellt.



Deutsche UNESCO-Kommission
Luxemburgische UNESCO-Kommission
Österreichische UNESCO-Kommission
Schweizerische UNESCO-Kommission

Organisation
der Vereinten Nationen
für Bildung, Wissenschaft
und Kultur

Diese von der Deutschen UNESCO-Kommission
erstellte deutsche Übersetzung der
Zusammenfassung wird gemeinsam herausgegeben
von den UNESCO-Kommissionen von Deutschland,
Österreich, der Schweiz und Luxemburg.

© UNESCO 2019



Die verwendeten Bezeichnungen und die Präsentation des Materials in dieser Publikation bedeuten nicht, dass die UNESCO irgendeine Meinung über den Rechtsstatus eines Landes, Territoriums, einer Stadt oder eines Gebiets oder ihrer Behörden oder über die Abgrenzung seiner Grenzen oder Grenzen äußert. Die in dieser Publikation geäußerten Ideen und Meinungen sind die der Autoren; sie sind nicht unbedingt die der UNESCO und verpflichten die Organisation nicht.

Weitere Informationen zu Urheberrechten und Lizenzen finden Sie im vollständigen Bericht, der unter folgender Adresse verfügbar ist: www.unesco.org/water/wwap.

UNESCO World Water Assessment Programme

Programme Office for Global Water Assessment
Division of Water Sciences, UNESCO
06134 Colombella, Perugia, Italy
Email: wwap@unesco.org
www.unesco.org/water/wwap

Wir danken der Regierung Italiens und
der Region Umbrien für die finanzielle Unterstützung.



Regione Umbria